



# Gewerkschaft der Polizei

Landesbezirk Saarland

[www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de) \* [gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de)

Fon: (0681) 811498 \* Fax: (0681) 815231

## Infodienst

Saarbrücken, 16. Februar 2004

## Beförderungsrunde 1. April 2004

### Innenministerin offen für Schwerpunktforderungen der GdP

Am 10. Februar traf sich die GdP-Spitze mit der Innenministerin, um aktuelle Probleme der saarländischen Polizei zu diskutieren.

Ein Schwerpunktthema der Erörterung war die Beförderungsrunde „1. April 2004“. Frau Ministerin Kramp-Karrenbauer stimmte dem Anliegen der GdP ausdrücklich zu, in diesem Jahr ein Hauptaugenmerk auf die Beförderungsrunde von der A 8 zur A 9 und im gehobenen Dienst von A 9 nach A 10 zu legen. Es gilt, im mittleren Dienst den Nachholbedarf entsprechend der Beförderungskonzeption zu decken und im gehobenen Dienst Versprechen bzw. Zusagen (Infoveranstaltung „statt A 9 mZ Perspektive A 10“ vom 14.11.2002 in der Aula der LPD) einzulösen. Nicht weniger wichtig war die Klärung der Frage, wie die Dienstpostenbewertung, deren Ergebnis in den nächsten Tagen mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen offen und nachvollziehbar diskutiert werden muss (Informationsveranstaltungen werden vorbereitet), bei der zukünftigen Beförderungsauswahl Anwendung finden soll. Frau Ministerin bekräftigte hier ihre Haltung, dass die Umsetzung des Ergebnisses der Dienstpostenbewertung mit entsprechenden Veränderungen im Stellenplan einhergehen muss. Damit verbunden wären dann deutliche Stellenzuwächse in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13.

Beim Thema: Änderung des Weiterbildungsgesetzes (SWBG) wies die GdP auf erhebliche Anwendungs- und Umsetzungsprobleme, insbesondere im Falle der Inanspruchnahme durch Beschäftigte des Wechselschichtdienstes, hin. Bei den für die Genehmigung zuständigen Dienststellen gibt es Irritationen, wie die „arbeitsfreie Zeit“, die ergänzend einzubringen ist, genau zu definieren ist. Ministerin Kramp-Karrenbauer sagte zu, nach Vorlage konkreter Problemfälle schnellst mögliche Klärung durch ihr Ministerium herbei zu führen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Tarifrechts im Öffentlichen Dienst nahm Frau Ministerin die Besorgnisse der GdP ernst. Die Sorge besteht darin, dass durch eine gegenseitige Blockade die ernsthaften Reformvorhaben (z.B. Vereinheitlichung des Tarifrechts bei Arbeitern und Angestellten) vernichtet werden. Frau Ministerin erklärte, dass sich die Haltung der saarländischen Landesregierung erst im Zuge der derzeit stattfindenden Verhandlungen über die Neugestaltung des öffentlichen Tarifrechts („Prozessvereinbarung“) konkretisieren würde. Hinsichtlich der Wochenarbeitszeit betonte sie erneut ihre Auffassung, dass bei den Tarifbeschäftigten eine Anpassung auf das Arbeitszeitniveau der Beamtinnen und Beamten erfolgen sollte.

Wir bleiben am Ball.

Der Landesbezirksvorstand